Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Landesorganisation Hamburg

Kreis Wandsbek

Arbeitsgemeinschaft 60plus

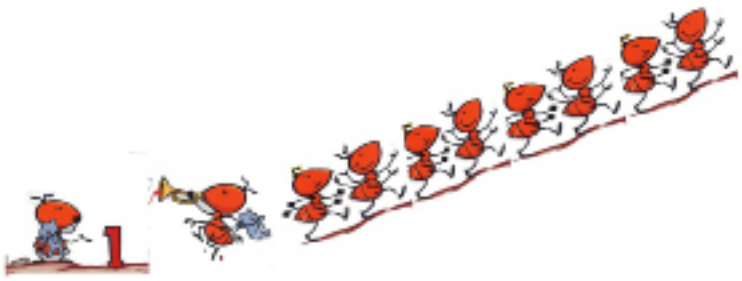
Jahresbericht 2013
Themen
Beschlüsse
Namen

SPD

Arbeitsgemeinschaft - 60plus - Wandsbek

Funktionsträger und Aktive

Ahrens, Elke
Ahrens, Fred
Baar, Wolfgang
Bantin, Rita
Bonn Heidi
Böhnke, Christel
Böhnke, Heinz Dieter
Braade, Helga
Burmeister, Eva-Maria
Coch, Karin
Coldeway, Jan
Diemen, Marga
Ewald, Klaus
Geckler, Helga
Hagedorn, Helga
Hagedorn, Gerd
Herries, Günter
Hermann, Rainer
Jacobsen, Monika
Kaninck, Peter
Knoop, Barbara
Köntges, Wilhelm
Köhn, Helmut
Kunde, Christel
Lemke, Dietrich
Lübcke, Günter
Mahler, Holger
Murr, Heidi
Münster, Elke
Niemann, Dorothea
Päpke, Gerd
Pingel, Annegret
Pingel, Horst
Rehders, Otto
Riemann, Waltraut
Schlichting, Klaus
Seide, Michael
Seidel, Dieter
Stadler, Ursula
Stapelfeldt, Werner
Störmer, Wolfgang
Teichert, Christiane
Tölg, Rüdiger
Viole, Harald
Vogel, Manfred
Wachsmann, Helmut
Weckel, Ludolf
Wendt, Helga
Viole Harald



V.i.S.d.P.: Dietrich Lemke

Günter Lübcke

Liebe Genossinnen und Genossen!

Unsere Arbeit in 2013 stand im Zeichen dreier Großereignisse: Wir hatten die Bundestagswahl auf der Agenda, zeitgleich fand ein wichtiger Volksentscheid zum Rückkauf der Netze statt (Strom, Gas und Fernwärme) und die Parteimitglieder hatten in einem Mitgliederentscheid zu befinden, ob wir mit unserem zentralen Gegner im Wahlkampf nach unserer deutlichen Wahlniederlage nun in eine große Koalition eintreten sollten. Es versteht sich von selbst, dass es zu den letzten beiden Punkten unterschiedliche Meinungen gab, wobei die Auseinandersetzung darüber in unserer Arbeitsgemeinschaft immer geprägt war von gegenseitigem Respekt und der notwendigen Toleranz auch der Meinung des anderen gegenüber.

Neben der Diskussion um diese „Dickschiffen“ führten wir unsere monatlichen Treffen durch, über die wir nachfolgend berichten. Dabei ist besonders unsere Ausfahrt zum Marinehafen in Kiel hervorzuheben, wo uns die Bundeswehr Einblick in die Arbeit ihrer Minensuchboote gewährte. Ich wünsche Euch eine gute Lektüre und für das kommende Jahr alles Gute. Es grüßt Euch herzlich

Günter Lübcke

Konfliktherd Naher Osten

Über 100.000 Menschen sind seit Ausbruch des Bürgerkriegs in Syrien gestorben. Mehr als zweieinhalb Millionen Kinder, Frauen und Männer sind auf der Flucht. Die Medien berichten über die Grausamkeiten dieses und anderer Kriege. Aber selbst dort, wo deutsche Soldaten im Auslandseinsatz wie in Afghanistan töten und sterben, werden die Bilder im Fernsehen zur Routine, bevor wir uns zum nächsten Krimi zurücklegen. Die AG-60plus-Wandsbek hat sich näher mit dem Leid aber auch mit den Hintergründen des Krieges in Syrien beschäftigt.

Da es nicht gelungen war, termingerecht eine Referentin zu dem Thema Naher Osten / Israel / Syrien zu bekommen, bediente sich die AG 60plus-Wandsbek der neuen Medien. Auf Youtube hatten Genossinnen der SPD-Augsburg den Vortrag von Karin Leukefeld zum Thema Konfliktherd Naher Osten ins Netz gestellt. Die Journalistin Karin Leukefeld hatte auf Einladung der SPD-Augsburg, der Augsburger Friedensinitiative und Pax Chriti in einer öffentlichen Veranstaltung über ihre Recherchen/Erfahrungen in Syrien berichtet. Diesen Vortrag hörten sich nun die AG-60plusser an, nachdem sie sich mit einigen Basisfakten, die in einer Power-Point-Präsentation vorgestellt wurden, vertraut gemacht hatten.

Erläutert wurde zunächst die geopolitische Situation mit Israel gegenüber dem Golan, den Anrainern Libanon, Türkei, Irak und Jordanien; den Bevölkerungen, Ethnien, Religionen und den Interessen Frankreichs und der USA. Darauf folgte eine zeitliche Einordnung in chronologischer Folge vom ersten Israelisch-Arabischen Krieg 1948 über den Mauerbau auf der Westbank 2004, die Einführung der sozialen Marktwirtschaft 2005 durch Assad bis zu den Aufständen in Syrien ab 2011.

Bei ihren früheren Besuchen im Nahen Osten – berichtete Frau Leukefeld – hätte es immer noch eine Friedensbewegung gegeben, die das Handeln opponierender Gruppen beeinflussten. Das sei vorbei; es gebe dort keine Friedensbewegung mehr. Stattdessen größte Brutalitäten auf beiden Seiten. Unter dem Gesichtspunkt der Machtstrukturen sei zu beachten, dass Frankreich bis heute einen großen Einfluss in der Region habe – vor allen Dingen im Libanon – aber auch in Syrien. Zu berücksichtigen sei ferner, dass Syrien ein sehr armes Land sei und deshalb sehr viele Syrer im Ausland leben: In Deutschland, in den USA, Canada, Frankreich, Saudi Arabien oder Ägypten, insgesamt 2 Mio. Menschen. Es gebe gravierende Konflikte zwischen Saudi Arabien und Syrien, insbesondere weil Syrien nicht bereit sei, sich in eine westlich orientierte Politik der Arabischen Liga einzuordnen. Es bestünde dagegen seit Jahren ein enges Bündnis zwischen Syrien und dem Iran (seit 9/11 von den USA als Achse des Bösen bezeichnet). Nach seiner Amtsübernahme habe Assad viele Reformen versprochen. Er habe neue Medien ins Land gebracht und auf sein Ziel der Umstellung der Wirtschaft Syriens auf eine soziale Marktwirtschaft hingearbeitet. Dies habe Konflikte mit sich gebracht, weil viele Menschen auf staatliche Leistungen angewiesen waren. Damals wurde Syrien ganz stark vom Westen unterstützt. Die türkische Wirtschaft habe sehr viel in Syrien investiert. Die Zusammenarbeit zwischen Syrien und der Türkei war sehr positiv.

Das war die Situation noch 2010. Dann sei der arabische Frühling gekommen. Bedeutsam für die weitere Entwicklung war der gescheiterte Aufstand der Muslimbrüder. Auslöser für den Aufstand 2011 war schließlich das offensichtlich unangemessene Vorgehen der Sicherheitskräfte gegen Jugendliche, die regimefeindliche Parolen an Wände geschmiert hatten. Danach kamen viele Gruppierungen ins Spiel, die sehr unterschiedliche Interessen hatten, Syrien zu destabilisieren. Über die saudiarabischen Medien wurde regelmäßig dazu aufgerufen, militärisch gegen Assad vorzugehen. Christen wurden regelmäßig bedroht und aufgefordert, sich an dem Aufstand zu beteiligen. Unabhängig von der Glaubenszugehörigkeit werde der Aufstand jedoch nicht von allen Bevölkerungsgruppen unterstützt. Viele Menschen seien entsetzt darüber, mit welcher Brutalität Aufständische Christen und andere Unterstützer Assads „niedermetzeln". Fazit: Es sei keinesfalls sicher, ob sich die Lage der Bevölkerung nach einem möglichen Sturz Assads insgesamt verbessern würde.

In der Diskussion wurden noch einmal die Rolle der Arabischen Liga, der Großmächte, der Al-Quaida, der so genannten „Nationalen Koalition" und der verschiedenen Geheimdienste angesprochen genauso genauso wie das Engagement der Türkei und die Rolle der NATO nach der Stationierung von Patriot Raketen in der Türkei. Da auch Deutschland mit 400 Soldaten in der Türkei an dieser Aktivität beteiligt ist, wurde nach deren Legitimation und Begründung gefragt, insbesondere, weil sich niemand vorstellen könne, dass das Assad-Regime die Türkei angreifen wolle. Der Vorsitzende wurde gebeten in der Parteizentrale zu erfragen, auf welcher Grundlage die Partei dieser Maßnahme im Bundestag zugestimmt habe.

„Neue Streiks bringen Griechenland zum Stillstand“

titelte im Februar DIE ZEIT ONLINE. „Ärzte behandeln nur Notfälle, Schulen bleiben geschlossen, Flugzeuge am Boden, Fähren im Hafen: Die Griechen protestieren erneut gegen die Sparpolitik der Regierung.“ Nachdem die international tätigen Banken vor der Pleite von den Staaten mit gerettet werden mussten, geht es den Steuerzahlern, den Öffentlich Bediensteten und den Rentnern in Griechenland ans Portemonneai.

Der Referent in der Februarveranstaltung der AG-60plus-Wandsbek ist Gewerkschafter und bei Verdi zuständig für den Bereich „Soziales“. Tanja, seine Ko-Refentin ist Mitglied bei Attac.

Kollege Rübke schilderte als Einstieg in die Thematik seine persönlichen Eindrücke während eines Besuches mit KollegInnen in Griechenland. Dabei ging er auf die Wirkungen der wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen ein, die aufgrund der Vorgaben der Troika dort umgesetzt wurden. So wurden die Gehälter der im Öffentlichen Dienst Beschäftigten drastisch reduziert, (das Einstiegsgehalt für neu eingestellte Lehrer liegt bei 575 Euro); viele Menschen arbeiteten ohne Bezahlung, in der Hoffnung, ihren Arbeitsplatz nicht zu verlieren und irgendwann für die Arbeit wieder bezahlt zu bekommen. Griechenland befände sich seit dem Jahr 2008 in einer Rezession und habe in dieser Zeit über 20% seiner Wirtschaftskraft verloren. Am Ende des Jahres 2011 hatte Griechenland laut Eurostat einen Schuldenstand in Höhe von 170,6 % des BIP (2. Platz Italien 120,7; 3, Platz Portugal 108,1; 4. Platz Irland 106,4 %; 9. Platz Deutschland 80,5 %). Die Nettoneuverschuldung Griechenlands lag 2011 bei 21,3 Mrd. Euro (= 9,4 % des BIP); 2010 waren es 23,7 Mrd. Euro (10,7 % des BIP); die Jugendarbeitslosigkeit läge bei 57%; Tarifverträge hätten keine Gültigkeit mehr. Der Mindestlohn wurde um 22 % reduziert (528 Euro). Das steuerfreie Einkommen wurde reduziert von 12.000 Euro auf 5.000 Euro. Griechenland wurde „gefühlt in die 3. Welt katapultiert.“

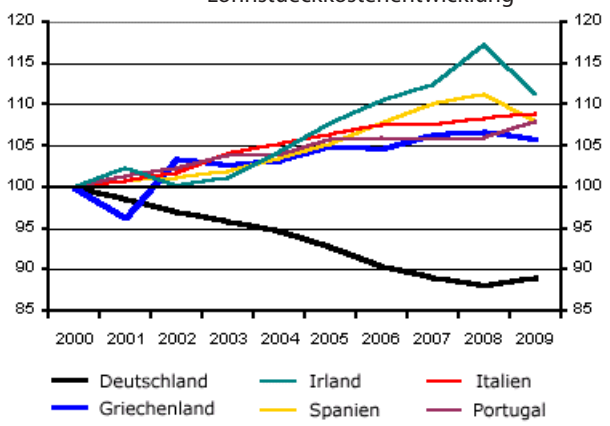
Griechen protestieren gegen Entlassung!

Auf die Frage nach den auferlegten Privatisierungen antwortet Tanja, der Druck hin zu Privatisierungen habe stark zugenommen, wobei nicht so sehr staatliche Einrichtungen vom Staat an Private verkauft, sondern eher verschenkt würden. Es gebe lange Listen von zu privatisierenden Firmen. Auf die Frage, wie Steuern eingetrieben würden, wies Tanja noch einmal darauf hin, dass die Demokratie in Griechenland durch die erzwungenen Maßnahmen buchstäblich ausgehebelt worden sei. Zur Situation der Gewerkschaften: Alle Arbeitnehmer zahlten in Griechenland Beiträge. Daraus habe sich eine gewisse „Staatsnähe“ entwickelt. Betriebsräte wurden (jedenfalls zum Teil) von Lohnkürzungen ausgenommen. Autonome Zentren seien entstanden, in denen „Selbsthilfe“ organisiert werden soll.

Eines der entstehenden Probleme sei das Widererstarken rechtsradikaler Bewegungen. Seit Herbst 2012 würden diese von etwa 13% der Bevölkerung unterstützt. Sie nutzten die sozialen Probleme für ihre nationalistischen Ziele. Die Kriminalität habe zugenommen. Polizei komme erst nach Stunden, die rechtsradikalen kämen schneller. Es gebe eine rassistische Grundstimmung. Die Grenzen nach Osten seien dabei ein weiteres Problem.

Auf die Frage, mit welchen Mitteln der Staat die Probleme lösen wolle, antworten die Referenten eher unpräzise: Die Häfen gehörten inzwischen den Chinesen. Die LaGarde-Liste umfasse 1600 Namen von Steuerflüchtlingen, sie läge seit 2 Jahren vor, aber nichts sei passiert. Gestellt wurde die Frage nach einem möglichen Austritt Griechenlands aus der EU. Ja, meint der Referent, es gebe Forderungen nach einem Austritt, allerdings hält er einen Austritt Griechenlands aus der EU nicht für zielführend. Zum Schluss empfiehlt der Referent zu verstehen, dass Deutschland nicht Opfer sondern Täter sei. Die Schulden der Griechen lägen bei den deutschen Banken.

Lohnstueckkostenentwicklung



Friedenssicherung durch die Bundeswehr im Rahmen der NATO vor dem Hintergrund der Abschaffung der Wehrpflicht, der Verschärfung internationaler Konflikte und der Verschiebung globaler Machtstrukturen

Referenten der Märzsitzung bei 60plus-Wandsbek waren Oberleutnant Koch und Hauptmann Schmidt.

Herr Oberleutnant Koch ist Wahlhamburger und war während seiner Dienstzeit auch vier Monate in Afghanistan stationiert. Diese Erfahrung hat seinen Horizont nicht nur geographisch erweitert, sondern hat seine Arbeit, seinen Auftrag und sein Selbstverständnis bei der Bundeswehr geprägt. Zur Zeit sind beide Soldaten als Jugendoffiziere tätig. Zu dieser Aufgabe gehörden Referate über die Sicherheitspolitik der Bundesrepublik, insbesondere in Schulen, das Durchführen von Seminaren und auch die Begleitung von Besuchergruppen bei der Bundeswehr.

Olt Koch erläutert die heutigen Herausforderungen an Sicherheitspolitik, das sind u.a. die Bekämpfung organisierter Kriminalität, Piraterie, Staatszerfall, Internationaler Terrorismus, Migration, Informationstechnologien (Weißbuch, S 10). Die Bundeswehr sei dabei Instrument deutscher Sicherheitspolitik. Ihr Auftrag ist in erster Linie die Landesverteidigung aber auch die Leistung humanitärer Hilfe im Ausland und die Sicherung des Welthandels und des freien Zugangs zu natürlichen Ressourcen. Die Aufgabenerfüllung erfolge dabei vor dem Hintergrund der Neuausrichtung der Bundeswehr, dem demografischen Wandel, dem Umbau der Bundeswehr zur Einsatzarmee und der Aussetzung der Wehrpflicht. Besonders beeindruckend in unserer März-Sitzung war eine der Folien des Referenten mit dem Spektrum der Auslandseinsätze der Bundeswehr (s.Abb.2).

Interessant waren auch die Probleme, die entstehen können, wenn die Vorgaben der Politik nicht immer präzise formuliert werden. Zum Thema Deutsche Sicherheitsinteressen hatte es nach 9/11 bei Gerhard Schröder geheißen: „Ich habe ihm auch die uneingeschränkte und ich betone: die uneingeschränkte Solidarität Deutschlands zugesichert." In der Regierungserklärung 2004 wurde daraus: „Unsere Sicherheit wird nicht nur, aber auch am Hindukusch verteidigt." Peterstruck variierte weiter: „Deutschlands Freiheit wird am Hindukusch verteidigt." Die Welt machte daraus schließlich „Deutschlands Sicherheit wird (...) nicht nur am Hindukusch, sondern auch in Timbuktu verteidigt."

Wie immer wurde bei 60plus mit den Referenten und untereinander heftig diskutiert, insbesondere dieses Mal über die Waffenverkäufe deutscher Firmen an Despoten und in Problemgebiete in aller Welt. Kein Verständnis konnte – auch bei den Referenten – dafür gewonnen werden, Panzer an Saudi-Arabien zu liefern. Das führe nicht zu einem friedlichen „arabischen Frühling", sondern zu fortgesetzter Unterdrückung und Verschärfung der Konflikte im ganzen arabischen Raum.

Neue Medien als politische Instrumente

Facebook, Twitter, Blogs, homepages und clouds, alles Begriffe, die unseren Enkelkindern sehr vertraut sind aber uns Älteren so fern wie Sambia oder Swasiland. Hans-Jörg Schmidt, MdBü und Vorsitzender des Distrikts Horn, sollte uns nicht nur die Begriffe erklären, sondern zeigen, wie die jeweiligen Instrumente in den Dienst unserer politischen Arbeit gestellt werden können.

Heinz Brandt

Da der Referent eine kleine Verspätung hatte, nutzten die Senioren die Pause für den Punkt „Verschiedenes" und fassten den Beschluss eine Ausfahrt nach Kiel zu machen. Dazu angeregt hatten die beiden Jugendoffiziere der Bundeswehr (s. S.3).

Aufgerufen wurde sodann das Problem der Unterbringung von Asylbewerbern und Obdachlosen in Farmsen. Wie bekannt, sollten in Farmsen rund 300 Asylsuchende und Obdachlose untergebracht werden. In dem Zusammenhang solle es einen „Runden Tisch" geben, um möglicherweise auftretende Probleme rechtzeitig erkennen und lösen zu helfen. Wichtig sei auf jeden Fall eine qualifizierte Betreuung der Einrichtung.

Ein paar Minuten wurde auch über den Rückkauf der Netze und den kommenden Volksentscheid diskutiert. Dabei wurde gefragt, warum Altbürgermeister Voscherau sich für einen 100-prozentigen Rückkauf ausgesprochen habe, und warum Altbürgermeister Ortwin Runde sich für einen mindestens 50,1 prozentigen Rückkauf ausgesprochen habe. Wegen der vielen offenen Fragen sagte der Vorstand zu, einen Fragenkatalog nebst Antworten zu erstellen und dem Vorstand vorzulegen. Unser stellvertretender Vorsitzender, Peter Kaninck, berichtete in dem Zusammenhang von einer Veranstaltung mit Prof. Claudia Kempfert vom DIW, die ein Buch veröffentlicht habe unter dem Titel „Kampf um Strom". Die Lektüre sei dringend zu empfehlen. Nun aber war unser Referent erschienen und es ging in medias res.

Hans-Jörg Schmidt, Vorsitzender des Distrikts Horn und Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses und medienpolitischer Sprecher der Bürgerschaftsfraktion ist seit 2011 in der Bürgerschaft. Er hat eine Softwarefirma mitbegründet, deshalb seien die digitalen Medien nicht nur politisch sein Schwerpunkt.

Heute, so Jörg, konsumiere man nicht nur im Netz, sondern man

Hans-Jörg Schmidt

produziert auch im Netz. Auf Twitter folgten 2000 „followers" seinen Aktivitäten. Dabei werden nicht nur politische Aussagen verschickt, sondern auch viel Persönliches vom malerischen Sonnenuntergang bis zum kulinarischen Frühstück.

Die SPD sei schon länger eine Partei der digitalen Medien, weil sie aufgrund der Machtverhältnisse kaum Zugriff auf die traditionellen Medien hatten. Die Hamburger Morgenpost war als eigene Medienholding dabei eine ziemliche Ausnahme. Wir, die SPD, dürften den Anschluss nicht verlieren und dürften uns der weiteren Entwicklung nicht verschließen. Weil wir immer noch bundesweit rund 500.000 Mitglieder haben, müssten wir diese Vielzahl durch angemessene Kommunikation an uns binden und eine eigene Öffentlichkeit schaffen, d.h. ein Gegenbild für und von Peer Steinbrück schaffen gegen das Zerrbild, das die Printmedien und das Fernsehen von ihm verbreiteten. „Damit haben wir so etwas wie einen permanenten Infostand." Jörgs zentrales politisches Thema sei: Wie verändert sich Gesellschaft über die Entwicklung der digitalen Medien. Allerdings: Das direkte Treffen – wie wir hier – von Mensch zu Mensch sei immer noch die effektivste Form der Kommunikation.

In der Diskussion der Ausführungen hält Christiane es für problematisch, dass ein Teil der Bevölkerung medial außen vor bleibe. Ja, meint Jörg, das sei in der Tat auch eine Generationsfrage. Dennoch: Fernsehen sei heute immer noch auf Platz 1 der Mediennutzung, dann komme das Radio, aber dann bereits Internet und erst dann die Printmedien.

Natürlich sei der Gebrauch der digitalen Medien auch eine Frage der Teilhabe. Die Entwicklung der digitalen Medien lasse sich nicht zurückdrehen. Deshalb sei Medienerziehung in den Schulen, an den Universitäten und in der Berufsqualifizierung unverzichtbar.

Am Ende wird vorgeschlagen, dass uns Jörg in einer weiteren Veranstaltung in die Welt von Twitter und Facebook mittels Beamer einführt und die Möglichkeiten der digitalen Medien plastisch darstellt.

„Netzerückkauf, ein wichtiger Schritt zur Energiewende“

Kaum ein Thema hat die Hamburger SPD in diesem Jahr so gerüttelt wie der Volksentscheid über den Rückkauf der Netze für Strom, Gas und Fernwärme. Wir wollten von unserem Genossen Manfred Körner wissen, warum sich der BUND wie auch unser Altbürgermeister Henning Voscherau für den Rückkauf der Netze ausgesprochen haben.

Manfred erinnert zunächst an unser Regierungsprogramm 2008-2012. Da seien wir mit dem Beschluss angetreten, dass wir die Netze zu 100% zurückhaben wollten. Auch in dem aus Wandsbek kommenden Beschluss des LPT vom Februar 2010 wurden die Eigenständigkeit von Stadt- und Gemeindewerken sowie eine Rekommunalisierung der kommunalen Versorgungsnetze „ausdrücklich“ unterstützt. Erst als das Thema unter Schwarz/Grün dümpelte, sei es zu der Volksinitiative gekommen. Nach den neuesten Umfragen seien 2/3 der Hamburger dafür, 100% zurückzukaufen. Die Gegner des 100-prozentigen Rückkaufs argumentierten heute, was wolle man mit Kabeln und Leitungen. Alles müsse doch durchgeleitet werden. Es lohne sich nicht und vor allem: Wo sollen die 2 Milliarden Euro für den Rückkauf herkommen? Ein wesentlicher Grund für den 100prozentigen Rückkauf sei, dass die multinationalen Konzerne nicht an der Energiewende interessiert seien. Mit den abgeschriebenen Kohle- und Atomkraftwerken machten sie nach wie vor gute Gewinne auch ohne einen Aus-/Umbau der Netze. Die BürgerInnen Hamburgs dagegen hätten nicht nur ein finanzielles Interesse, die Energiewende voranzutreiben, sondern auch ein ökologisches, weil so die in beschränktem Umfang zur Verfügung stehenden Ressorcen (Öl, Kohle etc) geschont würden. Außerdem würde bei Nutzung von Wind-, Wasser- und Sonnerenergie kein klimaschädliches CO2 anfallen. Damit könne man den Klimawandel mit seinen katastrophalen Folgen zumindest abmildern.

Zur Frage der Mitarbeiter bei den Netzen: Natürlich würde Hamburg nicht nur Kabel und Rohre übernehmen, sondern auch die Mitarbeiter. Dazu sei Hamburg sogar verpflichtet.

Und schließlich: Wie sollen wir das bezahlen? Der Senat habe uns mit seiner 25,1 % Beteiligung gezeigt, wie man es auch bei einem kompletten Rückkauf machen könne. Für den Kauf hat die städtische Vermögensverwaltungsgesellschaft (HGV) einen günstigen Kommunalkredit aufgenommen. Den müsse sie mit gut 2 % verzinsen. Desweiteren müsse sie noch 1 % Bürgschaftsgebühr an den Haushalt abführen. Im Gegenzug erhalte die HGV von den Konzernen eine jährliche Garantiedividende von 4,5 % bzw. 4,2 % auf den Kaufpreis der einzelnen Netze. Damit ließen sich alle Kreditkosten finanzieren, ohne den Haushalt zu belasten.

Das Modell lasse sich auch auf den Rückkauf von 100 Prozent der Netzgesellschaften übertragen. Zwar entfalle dann die Garantiedividende der Konzerne. Dafür aber erhalte Hamburg alle Netzentgelte. Die Bundesnetzagentur hat nach Prüfung der Bilanzen von zehn der größten Verteilnetzvertreiber festgestellt, dass alle eine Eigenkapitalrendite von über 10 % aufwiesen. Mit den Netzen lässt sich also viel Geld verdienen. Damit lassen sich neben Personal-, Betriebs- und Investionskosten auch Zins und Tilgung für einen Kredit zum vollständigen Rückkauf problemlos finanzieren. Kein Wunder, dass die Konzerne so heftig um das Eigentum an den Netzen kämpfen.

Die Situation bei der Fernwärme sei noch einmal besonders, weil es sich hier um ein absolutes Monopol handele. Da seien die Bezieher der Wärme „gefangene Kunden“. Sie müssten zahlen, was ihnen der Versorger auferlegt. Bei Gas und Strom müssten alle Produzenten ins Netz gelassen werden. Bei der Fernwärme funktioniere das nicht. Nach Abschluss der Verhandlungen für die Minderheitsbeteiligung habe die Stadt mit Vattenfall einen neuen Sondernutzungsvertrag über das Fernwärmenetz abgeschlossen. Dieser sichere dem Unternehmen das Monopol praktisch auf unbegrenzte Zeit bei einem erfolgreichen Volksentscheid würde dieser Vertrag wieder aufgehoben.

In der Diskussion geht es hoch her: Es ginge nicht, dem Bürgermeister in den Rücken zu fallen, die Beschlusslage von 2008 sei überholt. Andererseits: Wir seien keine Einheitspartei, in der Entscheidungen von oben nach unten durchgereicht würden und Gleichschritt verordnet werden könne. Der Referent ist zuversichtlich, dass Hamburg diese Rechtsstreitigkeiten gewinnen kann. Zusätzlichen Streit wird es um die sog. Endschaftsklausel in Sachen Fernwärmenetz geben. Vattenfall will in diesem Punkt die Bestimmungen des noch geltenden HEW-Konzessionsvertrages nicht anerkennen. Danach kann die Stadt nach Beendigung der Konzession das Fernwärmenetz mit den Erzeugungsanlagen übernehmen. Hamburg hatte deswegen noch unter Schwarz-Grün Klage vor Gericht eingereicht. Die Stadt habe im Zuge der Verhandlungen mit den Konzernen davon Abstand genommen, diese Klage weiter zu verfolgen. Bei einem erfolgreichen Volksentscheid würde sie wahrscheinlich wieder aufleben.

Selten verlief die Diskussion bei 60plus so kontrovers wie bei diesem Thema.

Ausfahrt zum Marinestützpunkt in Kiel

Die AG-60-plus steht nicht im Verdacht, eine zu große Nähe zur Bundeswehr zu haben. Das Referat des Oberleutnant Koch im Mai motivierte jedoch die Senioren an einem Seminar am Marinestützpunkt in Kiel teilzunehmen.

Fregatte kann Minen aufspüren

Das „Marineseminar“ fand statt am 11. Juni 2013 in Kiel. Abfahrt in Hamburg um 08:00 Uhr, Abholung an der Pierwache in Kiel um 10.00 Uhr. Danach Besichtigung des Minensuchboots FGS Fulda, 11:30 Uhr gemeinsames Mittagessen in der „Truppenküche, anschließend Vortrag „Operation ATALANTA“ (Bekämpfung der Piraterie am Horn von Afrika). 14:30 Uhr Barkassenfahrt nach Laboe zum Marineehrenmal, 16:30 Uhr - 18:00 Uhr Bustransfer von Marineehrenmal Laboe nach Hamburg. Betreut wurden wir von Sven Koch, Oberleutnant; das-Referat hielt Hauptmann Schmidt.

Die AG-60-plus-Wandsbek war mit dem Seminar rundum so zufrieden, dass wir Herrn Oberleutnat Koch einen kleinen Dankesbrief geschrieben haben:

Sehr geehrter Herr Oberleutnant Koch, Sie haben bei uns, der Arbeitsgemeinschaft 60plus der SPD in Hamburg-Wandsbek, am 5.3.2013 zum Thema „Sicherheitspolitische Herausforderungen des 21. Jahrhundert; eine veränderte Rolle der Bundeswehr als Instrument deutscher Sicherheitspolitik“ referiert und uns am 11. Juni auf einer Ausfahrt zum Marinestützpunkt in Kiel begleitet. Auf unserer letzten Zusammenkunft wurde ich von unseren Mitgliedern noch einmal gebeten, Ihnen – wie man auf neudeutsch wohl sagt – ein feedback zu geben und gleichzeitig darüber Ihre vorgesetzte Dienststelle zu informieren. Das will ich mit diesem Schreiben tun:

Vorab: Die meisten Mitglieder unserer Arbeitsgemeinschaft haben den 2. Weltkrieg noch als Kinder oder einige als Jugendliche miterlebt, und deshalb gibt es bei etlichen immer noch eine gewisse Distanz gegenüber der Bundeswehr und Bundeswehreinsätzen. Diese Distanz haben Sie, Herr Oberleutnant Koch, durch Ihr klares, deutliches und hervorragend artikuliertes Auftreten einerseits und andererseits mit großem Feingefühl sehr schnell überwunden, so dass sowohl in der Veranstaltung am 5.3. als auch während der Ausfahrt nach Kiel eine offene Atmosphäre möglich wurde.

Im Einzelnen: Ihr Referat war klar gegliedert und die Thematik plausibel und überzeugend vorgetragen. Das betraf die Probleme der Umstrukturierung der Bundeswehr, die veränderte Aufgabenerfüllung und auch die sich aus dem demografischen Wandel ergebenden Schwierigkeiten. Von besonderem Wert bezüglich der Glaubwürdigkeit Ihrer Aussagen ist offenbar auch Ihre eigene Erfahrung beim Einsatz in Afghanistan. Überzeugt hat uns auch Ihre profunde Kenntnis komplexer Zusammenhänge und in der Diskussion Ihre flexible ehrliche Reaktion auf nicht immer bequeme Fragen.

Sie haben sicher in Erinnerung, dass sich etliche Senioren über den relativ hohen Waffenexport Deutschlands auch in Krisenländer beklagt haben. Auch an diesem Punkt sind Sie nicht ausgewichen, sondern haben über Hintergründe informiert und über die unterschiedlichen Rollen von Bundeswehr, Rüstungsindustrie und parlamentarischen Gremien aufgeklärt, ohne dabei auf einen eigenen Standpunkt zu verzichten.

Wir können nicht beurteilen, welchen Anteil Sie an der Organisation der Ausfahrt nach Kiel hatten. Möchten jedoch noch einmal betonen, dass alles hervorragend geklappt hat vom Transfer, über Referat und Diskussion bis zur Information auf dem Minensuchboot. Die Mitglieder unserer Arbeitsgemeinschaft haben durch Sie viel gelernt, ihr Verständnis für - für sie - bisher fremde Sachverhalte erweitert und schließlich ihr Bild der Bundeswehr - wo nötig - zum Positiven gewendet.

Im Namen der AG 60plus spreche ich Ihnen ausdrücklich noch einmal Dank und Anerkennung für Ihre dargebotene Leistung aus. Für die Zukunft wünsche ich Ihnen alle Gute. D.L.

Oberleutnant Koch und Hauptmann Schmidt

Noch einmal: Pro und Contra Netzerückkauf

Selten war eine Debatte auch bei 60-plus so kontrovers wie die um den Rückkauf der Netze und um das damit verbundene Ziel der Energiewende. Weil sich in Umfragen zeitweilig zwei Drittel der Hamburger für den Rückkauf ausgesprochen hatten und auch unter den Senioren Befürworter des Volksentscheids argumentierten, lud die AG-60plus unseren Bürgerschaftsfraktionsvorsitzenden zum Streitgespräch.

Andreas stellte seinen Ausführungen einen Appell voran an die notwendige Geschlossenheit der Partei kurz vor der Bundestagswahl und kurz vor dem Volksentscheid. Sodann schilderte er die Entscheidungsfindung innerhalb der Partei von 2010 – als sich auch die Hamburger SPD noch für die Rekommunalisierung der Netze ausgesprochen hatte – bis hin zur Verabschiedung des Wahlprogramms 2011, in dem sich die Partei auf mindestens 25,1 % festgelegt hatte. Zu den Initiatoren der Volksinitiative meinte Andreas, sie mache Versprechen, die nicht zu halten seien; sie suggeriere, mit dem Ja beim Volksentscheid habe man die Netze, vernachlässige aber die Notwendigkeit der Ausschreibung, unterscheide nicht zwischen Betreiber und Eigentümer, verspreche sprudelnde Gewinne und kehre die Risiken unter den Teppich. Fehlten der Initiative die Argumente, schlüge sie auf die derzeitigen Versorger ein (Atommeiler, Braunkohleförderung). Schließlich verteilte Andreas ein Schreiben von Sönke Klages, in dem dieser bemängelte, die jüngste Ausgabe des Hamburger Diskurs suggeriere, die dort enthaltenen Positionen seien die Positionen „der Linken Sozialdemokraten in der Hamburger SPD". Am Ende seines Referates wiederholte Andreas seinen Appell an die „moralische Pflicht" aller jetzt zusammenzustehen.

Dietrich knüpfte in seiner Replique an an die seit dem Parteitag von 2010 veränderte Beschlusslage der Partei zur Rekommunalisierung der Netze. Eine Debatte über diese Veränderung habe mit der Parteibasis nicht stattgefunden. Die Partei müsse es schon deshalb aushalten, wenn es unterschiedliche Auffassungen zu diesem Thema gebe. Im Übrigen bräuchten wir bei der Bundestagswahl jede Stimme, und zwar auch von jenen, die beim Volksentscheid zum Netzerückkauf mit Ja stimmen. Dietrich wandte sich dann den Kosten des Rückkaufs zu, weil häufig argumentiert würde, mit viel Geld erwürbe die Stadt nichts als Rohre und Kabel.

Andreas Dressel

Richtig sei vielmehr, dass die Stadt mehr als die Hälfte des Kaufpreises in die Fernwärme investiere, und in diesem Kaufpreis seien das Gasturbinenkraftwerk Wedel, das Heizkraftwerk Tiefstack, das Gas- und Dampfturbinenkraftwerk Tiefstack und das Heizkraftwerk Hafencity enthalten. Im Übrigen wies Dietrich darauf hin, dass die Investitionsmittel für die Netze weder bei der 25%-Lösung noch bei der 100%-Lösung aus dem Haushalt stammen dürften (Artikel 50 der Hamburgischen Verfassung).

Auch der anwesende Niels Weiland erhielt das Wort und begrüßte ausdrücklich eine kritische Diskussion. Sehr wichtig sei zu fragen, was bekomme die Stadt für eine Investition von 2 Mrd. Euro. Grenzenlose Gewinne wären hier nicht möglich wegen der relativ strengen Regulierung durch die Bundesnetzagentur. Ein nicht zu unterschätzender Punkt in der Debatte seien die Synergieeffekte, von denen sich EoN und Vattenfall Vorteile für sich und die Stadt versprächen.

In der Diskussion ging es um Mooburg als Problem, die Zukunft von Vattenfall Europe, Verfahren der Ausschreibung, Beteiligung der gegründeten Genossenschaft, falsche Vergleiche zwischen dem Netzrückkauf und Problemen bei der Elbphilharmonie, HSH oder Hapag-Lloyd.

Dis Diskussion wurde noch einmal sehr technisch, als Michael juristische Hürden bei den Ausschreibungsmodalitäten ansprach und aus einem von einem Prof. Hellermann gerade veröffentlichen Gutachten zitierte. Auch wurde diskutiert, wie groß das Haushaltsrisiko einzuschätzen sei bei einer vollständigen Finanzierung am Kapitalmarkt. Die Bundesnetzagentur habe Gewinnobergrenzen von 9 und 7% vorgegeben, die sich allerdings nur auf das eingesetzte Eigenkapital bezögen. Vor diesem Hintergrund reduziere sich das Haushaltsrisiko auch bei nicht auszuschließenden Änderungen des allgemeinen Zinsniveaus bei einer Kapitalmarktfinanzierung des Kaufpreises. Hätte man nicht die vertrauten Gesichter von 60plus vor sich gehabt, hätte man glauben können, man befände sich in einem Oberseminar.

Trotz aller Kontroversen und unterschiedlichen Beurteilungen der Problemstellungen manifestierte sich am Ende der Respekt aller Diskutanten vor dem jeweils Andersdenkenden.

Mindestlohn und für alle Bereiche Tarifverträge!

Was später am Ende des Jahres zu den Hauptforderungen der SPD gegenüber dem zukünftigen Koalitionspartner avancierte, war bei der AG-60plus in der September-Sitzung das zentrale Thema.

Referent an diesem Dienstag-Vormittag war Dr. Klaus Behrens von der IG-Metall. Er ist Herausgeber der Online-Zeitschrift: *Social Europa Journal*.

Der Genosse Behrens wies zunächst auf die WEB-Seite des DGB hin, auf der eine Vielzahl von Quellen, Kommentaren und Dokumenten zum Thema „Mindestlohn" zu finden sei. Die Tarifautonomie und die Mitbestimmungsgesetze seien konstituierend für den Arbeitsmarkt. An den Tarifbewegungen beteiligten sich Hunderttausende von Menschen. Das sei ein Element der Demokratie, das man nicht hoch genug schätzen könne. Insbesondere die Arbeitsgerichte verhülfen dem Instrument der Tarifautonomie in vielen Fällen zur Geltung. Die Mitbestimmung garantiere darüber hinaus, dass die Tarifverträge praktische Wirkung entfalten. Mit diesen beiden Säulen habe man den Kern des Sozialstaates bereits erfasst. Die Entwicklung dieses Bereichs sei allerdings beängstigend. 2010 waren es noch 52% der Betriebe, 2 Jahre später nur noch 50%, für die Tarifverträge galten. In den zwei Jahrzehnten davor lag die Quote noch bei 70%. Auch bei den Beschäftigten gebe es Rückgänge. Z.Zt. seien im Westen nur noch 42% der Arbeitnehmer organisiert, im Osten nur noch 36%, die unter dem Schutz von Tarifverträgen und Betriebsräten arbeiteten. In 90% der Firmen gebe es gar keine Betriebsräte mehr. Fazit: Beide Säulen des Sozialstaates seien stark gefährdet. Das sei der eigentliche Grund für die Notwendigkeit eines Mindestlohns.

Zu konstatieren sei: Der Niedriglohn sei in keinem anderen europäischen Land so stark gewachsen wie in Deutschland. Die Böckler-Stiftung gehe davon aus, dass 22% der Beschäftigten im Niedriglohnsektor tätig sind, d.h. sie erhalten weniger als zwei Drittel des Durchschnittslohns. Das sind 9.60€ im Westen und 7€ im Osten.

Die Schwächung des Tarifsystems führe dazu, dass man als Sozialdemokrat gern zu ´Boden` blicke. Im Zusammenhang mit der Hartz-Reform habe Schröder zur Durchsetzung seiner Agenda 2010 die Gewerkschaften direkt bedroht, er würde bei einer Verweigerung der Gewerkschaften für die Reform, den einzelnen Betrieben das Recht einräumen, betriebliche Tarifverträge (Pforzheimer Abkommen) abzuschließen. Internationale Konkurrenz wurde zur Aufweichung des Tarifrechts als Begründung angeführt. Wenn man von Tarifverträgen abweichen könne, so der Referent, verlören die Verträge natürlich an Kraft. Vorbild dafür sei das Tarifsystem in England. Am Ende wurden so die Minijobs eingeführt. In einzelnen Bereichen würden nur noch Minilöhne gezahlt, die Rede sei von 3,50€. Das sei Wildwuchs und würde gefördert. Unser Genosse Clement habe ausdrücklich Minilöhne gefördert; auch Leiharbeit gehöre in den Kanon der Hartz-Maßnahmen. Die so genannten „Christlichen Gewerkschaften" hätten solche Sätze in ihre Tarifverträge eingesetzt. Schließlich zur Leiharbeit: Dort gebe es natürlich so gut wie gar keine gewerkschaftliche Organisation. Inzwischen habe sich die Situation etwas verbessert. Leiharbeit wurde dereguliert. Airbus hatte zeitweise bis zu 4000 Leiharbeiter, heute hat man dort sogar schon mehrere Tausend Werkverträge mit noch einmal ungünstigeren Bedingungen.

Im Spitzenduell des Wahlkampfes habe Peer Steinbrück erwähnt, dass die Maßnahmen damals begleitet werden sollten durch die Einführung eines Mindestlohns. Diese Maßnahme wurde dann, wie wir wissen, nicht umgesetzt. Das sei schon skandalös, alle diese Maßnahmen einzuführen und auf die Einführung des Mindestlohns zu verzichten.

Die Haltung der Gewerkschaften zur Agenda war dabei unterschiedlich. Die Gewerkschaften, die eine intakte Struktur hatten, brauchten keinen Mindestlohn, diejenigen mit weniger Durchsetzungskraft hätten den Mindestlohn mit Nachdruck gefordert. Inzwischen gebe es allerdings eine einheitliche Auffassung, die Gewerkschaften wollen 8,50€ Mindestlohn.

Wie könne der Mindestlohn aussehen? Bis auf die FDP seien ja alle Parteien dafür. Die CDU wolle nur eine Lohnuntergrenze. Die reale Situation entspräche einem Flickenteppich, je nach dem wie stark die Gewerkschaften in den Bereichen sind. Mit einer Lohnuntergrenze wäre nichts gewonnen. Die Tarifautonomie hochzuhalten als Argument gegen den Mindestlohn sei zynisch. In anderen Ländern hätten wir fast überall einen Mindestlohn. In skandinavischen Staaten, wo das Tarifsystem noch funktioniert, brauche man den Mindestlohn nicht.

Bei der Berechnung des Mindestlohns könne man unterschiedliche Kriterien zugrundelegen z.B. die Pfändungsfreigrenze, Hartz-IV-Sätze oder die europäische Sozialcharta. Mit letzterer käme man auf 12,24€. Im Osten würde der Mindestlohn natürlich mehr Menschen betreffen als im Westen. Ein gesetzlicher Mindestlohn wäre natürlich einklagbar, so wie das auch tarifliche Löhne sind. Zusammenfassung: Der Mindestlohn sei ein Kernpunkt in der sozialdemokratischen Programmatik (Fairness auf dem Arbeitsmarkt).

Ergebnisse der Bundestagswahl

Unser Kandidat Peer Steinbrück wurde bei der Bundestagswahl nicht zur „Lichtgestalt“ trotz aller Beinfreiheit, die er sich von der Partei erbeten hatte. „Lichtgestalten“ gibt es ohnehin nicht, sie werden bestenfalls manchmal versuchsweise von den Medien herbeigeschrieben, wenn es ihnen in den Streifen passt. Wer die Kavallerie gegen die Banken bemüht, kann auf solche Unterstützung nicht rechnen.

Insofern war es für die Partei richtig, auf das „Wir“ zu setzen, auf unsere Basis. Auch dieses Konzept konnte allerdings nicht aufgehen, weil es nicht wirklich ernst gemeint und nicht eingeübt war. Darüber diskutierte die AG-60plus in Wandsbek kurz nach der Wahl mit unserem Referenten Oskar Fuhlrott. Oskar erläuterte in seinem PPT-Vortrag die Ergebnisse, Wählerwanderungen, Wahlumfragen im Zeitablauf sowie mögliche politische Handlungsalternativen.

An der deutlichen Niederlage unserer Partei gab es nichts zu deuteln. Die CDU/CSU gewann mit 41,5% deutlich, für Rot/Grün mit 25,7% + 8,4% reichte es nicht; Rot/Rot/Grün 25,7 + 8,4 + 8,6, also 42,7% hatten wir uns durch die Ausschließerites selbst verbaut; im Übrigen war der Abstand viel zu gering als dass wir ein derartiges Wagnes hätten eingehen können.

Oskar wies insbesondere auf eine Überraschung bei den Wählerwanderungen hin, dass die CDU aus der Gruppe der Nichtwähler über eine Million Wählerstimmen hatte hinzugewinnen können, wir dagegen nur 360.000. Die WählerInnen, die der FDP den Rücken gekehrt haben, seien entweder zu Hause geblieben oder zur AfD gegangen. 420 000 WählerInnen seien von den Grünen zur CDU gewechselt. Auch überraschend : Nur 16% der WählerInnen erklärten noch, sie würden immer SPD wählen.

Oskar deklinierte dann die verpassten Ziele (Rot-Grüne Mehrheit, Kanzlerschaft, Befriedung der Euro-Zone) und stattdessen eine „gefährdete Einheit innerhalb der Partei“ wegen der problematischen Koalitionsfrage. Auch wenn sich eine knappe Mehrheit der Deutschen und auch der SPD-Wähler für eine Große Koalition ausgesprochen hätten, sei doch die Mehrheit der SPD-Mitglieder und der SPD-Funktionäre dagegen. Diese Gemengelage hatte schließlich dazu geführt, dass die Mitgliedschaft der SPD zur Koalition befragt werden sollte.

In der Diskussion über das Wahlergebnis wurde Bezug genommen auf Äußerungen des Abgeordneten Kahrs (unser Distrikt Eilbek gehört

Oskar Fuhlrodt

zu seinem Wahlkreis) in der Leipziger Volkszeitung. Darin habe er erklärt, dass, käme es zu Schwarz-Rot, müsse klar sein: „Die gesamte Partei säße dann im selben Boot. Es dürfe sich nach einer Mitgliederbefragung keiner in die Büsche schlagen. Wenn wir mit einem Ergebnis vor die Mitglieder treten, erwarte ich, dass alle dahinterstehen.“ Hier stellte sich die Frage, ob Johannes von einer Mitgliederbefragung nach der Sondierung oder nach einer Koalitionsverhandlung sprach. Dies sollte durch ein Schreiben unseres Vorsitzenden Günter Lübcke an Johannes Kahrs geklärt werden.

Im Zusammenhang mit der Mitgliederbefragung wurde auch erörtert, ob diese Befragung nach den Sondierungsgesprächen oder nach etwaigen Koalitionsverhandlungen durchgeführt werden sollte. Die AG-60plus-Wandsbek war einmütig der Auffassung, dass die Befragung nach der Sondierung durchgeführt werden müsste. Anderenfalls müsste die Mitgliedschaft u.U. bei nicht zufriedenstellenden Ergebnissen ein von unseren Verhandlungsführern vorgelegtes Ergebnis möglicherweise ablehnen. Das würde unsere FührungsgenossInnen diskreditieren und werde deshalb abgelehnt. Die Versammlung beschloss, dem Bundesvorstand und den zuständigen Gremien der Partei diese Auffassung mitzuteilen.

Da am Tag der Bundestagswahl auch das Ergebnis des Volksentscheids vorlag, wurde natürlich auch darüber diskutiert. Eine Analyse der Ergebnisse in den einzelnen Stadtteilen ergab, dass die große Mehrheit der Bevölkerung in SPD-Hochburgen mit Ja gestimmt hatte, z.B. St. Pauli 78,1%, Hammerbrook 74,6%, Altona-Altstadt 72,6%. Die Stadtteile, in denen die Bevölkerung nicht so sehr vom Fernwärmenetz abhängt, wie Wellingsbüttel, Sasel, Volksdorf, Blankenese, stimmten mehrheitlich mit Nein. Die schnelle Reaktion von Senat und Fraktion auf das Ergebnis und die Zusage,den Volksentscheid entsprechend dem Willen der Hamburger Bürgerinnen und Bürger umzusetzen, verdiene mehr als nur formalen Respekt. Auch die Zusage, die Initiative in die weitere Umsetzungsplanung miteinzubeziehen, sei sehr zu begrüßen.

Regierungsbeteiligung: Was muss mindestens in dem Koalitionsvertrag stehen?

Als Referentin im November 2013 hatten wir unsere stellvertretende Landesvorsitzende Inka Damerau zu Gast. Den Einstieg in das Thema einer Großen Koalition gab Günter Lübcke zunächst mit einem Bericht von der Bundeskonferenz der AG 60plus, in der Sigmar Gabriel den Stand der Koalitionsverhandlungen erläutert hatte.

Günter schilderte seinen Eindruck, dass die Parteiführung sehr um einen positiven Abschluss der Verhandlungen bemüht sei. Inka nahm diese Bemerkungen auf und stellte dagegen fest: „Wir streben keine Große Koalition an, sondern wir verhandeln darüber."

Die Konsequenzen des Wahlergebnisses seien sehr komplex, weil sich alle Parteien neue strategische Fragen stellen müssten. Wir müssten uns fragen, wie wir es mit der Linkspartei halten. Aber auch die CDU müsse sich die Frage nach dem Koalitionspartner stellen. Die Grünen hätten mit ihrer personellen Neuaufstellung einen sehr weitgehenden Schritt getan, seien aber noch weit von einer inhaltlichen Neupositionierung entfernt. Der Wahlkampf habe darunter gelitten, dass alle Parteien jeweils bestimmte Optionen ausgeschlossen hätten. Dass wir in Hamburg die absolute Mehrheit das letzte Mal erreicht haben, sei „ja irgendwie aus der Zeit gefallen". Die Frage nun laute: Wie stellen wir uns in der Perspektive neu auf? Wir glaubten vor der Wahl, wir hätten die richtigen Themen besetzt, aber insbesondere in der Breite der Bevölkerung wurde das wohl anders gesehen. Die soziale Frage in den Mittelpunkt zu stellen, sei sicher richtig gewesen, aber wenn wir uns die uns zugeschriebenen Kompetenzen anschauten, sähen wir nicht so gut aus: Wirtschaftskompetenz werde uns abgesprochen; die Kompetenz zur "Schaffung von Arbeitsplätzen" sei mit einem dramatischen Abstand für uns von den Befragten entschieden: 51 % für die CDU und 29% für die SPD. Dramatisch sei der uns zugeschriebene „Kompetenzverlust" auch in Sachen Finanzpolitik. Da läge die CDU mit 48% gegenüber 25% weit vor uns. Dieser uns zugeschriebene Kompetenzverlust sei das Ergebnis einer längeren Entwicklung und lasse sich nicht einfach "umdrehen". Jetzt komme

Inka Damerau

es darauf an „zu reden". Da gebe es die vielen Arbeitsgruppen, und es stelle sich auch für uns die Frage, was denn in die Vereinbarung reingehört. Inka wisse dabei nicht mehr als wir über das, was da in den AGs diskutiert werde. Was ist uns wichtig, was ist unser Markenkern, der in der Vereinbarung sichtbar würde, fragt sie. Es ginge ja nicht, dass uns Ähnliches passiert wie mit der Mehrwertsteuer oder der Rente mit 67. So ein Vertrag müsste also genau beschreiben, was in welchem Zeitraum umgesetzt werden könne. Gibt es einen Zeitpunkt, fragt Inka, an dem man u.U. sogar aus den Verhandlungen aussteigen könnte. Ein Punkt, an dem man eine Orientierung geben/finden könnte, sei der kommende Bundesparteitag. Da solle es eine erste Einschätzung geben. Danach würden Regionalkonferenzen kommen.

Wie immer bei 60-plus hatten wir danach eine lebhafte Diskussion: Es ging um Augenhöhe und Respekt (Karin), um knappe Mehrheiten in der Geschichte des Bundestages (Barara), um Ypsilanti und Beck (Ursel), die Rolle von Steuererhöhungen als Wahlkampfthema, Glaubwürdigkeit (Rüdiger), das Problem von Privatisierungen, für die wir die Verantwortung trügen; sozialdemokratische Bescheidenheit mit dem Mindestlohn. Michael griff die Behauptung auf, dass 72% der Bevölkerung mit ihrer persönlichen Situation zufrieden seien, und dass wir über eine längere Strecke selbst auf eine neoliberalen Politik gesetzt hätten. Dieter ging auf Ursels Bemerkung zu den Steuererhöhungen ein: Wir müssten die Gerechtigkeitsfrage in den Mittelpunkt stellen. Ein Ausklammern des Steuerthemas ginge nicht. Die Gretchenfrage der Koalitionsverhandlungen ergänzte Willi, müsse sein: Ist mehr Gerechtigkeit durch die Große Koalition zu erwarten, und kriegen wir darüber die Altersarmut in den Griff. Holger ergänzte: Die Absenkung der Rente auf 43% - hätten „wir verzapft," die Riester-Rente sei „der größte Schwachsinn". Wir sollten Oppositionsarbeit leisten statt uns mit Frau Merkel ins Bett zu legen.

Inka gab zu bedenken, dass ein Lackmustest für Glaubwürdigkeit unserer Politik nicht in der Opposition möglich sei. Das ginge nur in der Regierung.

Weitere der in der Veranstaltung vorgetragenen Argumente für und gegen die Große Koalition lassen sich dem Protokoll entnehmen, dass allen unseren Mitgliedern der AG-60plus-Wandsbek zugeschickt wurde.

SPD

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
ARBEITSGEMEINSCHAFT 60PLUS
KREIS WANDSBEK

Dezember 2013

Liebe Genossinnen und Genossen,
ein ereignisreiches Jahr, ein Jahr das uns nicht die gewünschte Mehrheit im Bundestag gebracht hat, geht zu Ende. Es geht zu Ende mit einer Koalition die bei vielen Mitgliedern nicht auf Begeisterung stößt. Aber mehrheitlich wird die Koalition, für das kleinere Übel gesehen. Die Befürchtungen, dass wir bei einer Neuwahl Stimmen verlieren spielte eine große Rolle. Meine Einstellung war optimistischer, wenn wir den Wählern klar, verständlich und glaubwürdig unsere Ziele darlegen, werden wir die Bürger, die nicht zur Wahl gegangen sind, aber zu unseren traditionellen Wählern gehören, zurückgewinnen. Jetzt haben wir in der Koalition Gelegenheit zu zeigen das sie uns vertrauen können, dass wir es sind, die sich für soziale Gerechtigkeit einsetzen. Dafür ist es wichtig, dass im Koalitionsvertrag Vereinbarte, in dem sozialdemokratische Inhalte erkennbar sind, auch buchstabengetreu umgesetzt werden. Die Regierungsmitglieder der SPD sind verpflichtet, bei ihrem Handeln auch unsere Ziele im Auge zu haben. Achten wir darauf und helfen wir ihnen dabei. Die Wähler müssen erkennen, dass für uns der Bürger im Mittelpunkt steht, dass wir für Gerechtigkeit einstehen, dass wir konsequent gegen Korruption und Lobbyismus vorgehen, dass sich niemand Rechte erkaufen kann, nach dem Motto mehr Geld mehr Rechte.
Da keine Steuererhöhung vereinbart wurde, (die, die starken Schultern belastet und den Mittelstand entlastet hätte), besteht die Gefahr, das um wichtige Vorhaben, die wegen der Schuldenbremse nicht finanzierbar sind, die letzten Unternehmen die dem Staat gehören bzw. mit gehören, privatisiert werden. Wie es die Neoliberalen und der Arbeitskreis Wirtschaft der CDU gerne hätten.
Unsere Minister sind dem Koalitionsvertrag verpflichtet, für die Partei, für uns, bleiben unsere sozialdemokratischen Ziele Verpflichtung, das dürfen wir nicht vergessen, für uns gelten weiter die originären Ziele wie sie im Wahlprogramm und unserem Grundsatzprogramm stehen.
Zum vergangenen Jahr gehörte auch der Volksentscheid zum Rückkauf der Netze. Dieser Volksentscheid war für uns eine Lerneinheit in Basisdemokratie. Es sind dabei leider unnötige Reibungsverluste auf getreten zum Nachteil der Partei, besonders weil der Volksentscheid verschiedentlich zu einer für die Partei existenziellen Frage hochstilisiert wurde. Der Bürgerschaftsfraktion und dem Senat ist Anerkennung auszusprechen, für die schnelle Reaktion den Volksentscheid ohne Wenn und Aber umzusetzen. Wir wünschen Senat und Bürgerschaft dabei eine gute Hand.
Das neue Jahr hält wieder Herausforderungen für uns bereit, die Europawahl und die Bezirksversammlumgswahlen, die wir, weil wir gute Argumente haben und in Berlin gute Arbeit machen werden, für uns entscheiden können.
Lasst uns aktiv im neuem Jahr für sozialdemokratische Politik kämpfen, stützen wir die Bundestagsfraktion und unsere Regierungsmitglieder bei der Umsetzung unserer Ziele.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich wünsche Euch ein wunderschönes Weihnachtsfest, sowie ein gesundes und erfolgreiches Jahr ***2014***

Euer Günter Lübcke

Arbeitsprogramm 2014 wenden >>

Jahresausklang mit Kerzen
Rückschau auf 2013 und
Arbeitsplanung für das Jahr 2014

Die Dezember-Sitzung verläuft in unserer Arbeitsgemeinschaft in Wandsbek schon länger ziemlich traditionsgemäß, fast bürgerlich mit Kerzen und Weihnachtssingen mit Akkordeonbegleitung. Natürlich gab es auch in diesem Jahr einen Rückblick auf die vergangenen zwölf Monate, und es wurden die ersten Festlegungen für das Arbeitsprogramm des kommenden Jahres getroffen.

In Ermangelung vernünftigen Bildmaterials haben wir zur Illustration dieses Jahresberichts über unserer Arbeit auf das Wenige zurückgegriffen, was noch auf dem Rechner war. Vielleicht sollten wir hin und wider, insbesondere bei Ausfahrten eine Kamera dabeihaben, dann kann ein gut illustrierter Jahresbericht vielleicht sogar zu Werbezwecken für unsere Arbeit genutzt werden.

Arbeitsplanung für das Jahr 2014

7.01.14 Was können wir als Partei besser machen?

4.02.14 Zur Energiewende

4.03.14 Volksentscheide: Demokratiegewinn?

1.04.14 Patientenrechte

6.05.14 Europapolitik, Referent: Knud Fleckenstein

3.06.14 Wo sind unsere Schnittmengen zu den anderen Bundestagsparteien?

1.07.14 Freihandelsabkommen TTIP

5.08.14 Welche Aufgabe/Aufträge haben die Geheimdienste?

2.09.14 Was ist sozial gerecht?

7.10.14 Das bedingungslose Grundeinkommem

4.11.14 Rüstungsindustrie in Hamburg

2.12.14 Jahresrückschau und Planung 2015

Dieses Programm wird sich durch wichtige aktuelle Ereignisse sicher noch einige Male ändern.